

**Projektland: Peru****Quartal/Jahr: Januar bis März 2010****Schlagzeilen:****Politikverdrossenheit aufgrund der allgemeinen Parteienkrise****Vierter peruanischer Justizminister unter der jetzigen Regierung Alan Garcías****Gesetzentwurf zur Vorabkonsultation der Indigenen Völker noch nicht verabschiedet****Weltwirtschaftskrise in Peru überwunden****Schwerste Regenfälle seit 15 Jahren****Politikverdrossenheit und allgemeine Parteienkrise**

Laut neuester Umfrage fühlen sich 81 % der peruanischen Bevölkerung nicht von den politischen Parteien repräsentiert (in Lima sind es sogar 84 %). Diese Politikverdrossenheit ist eng an die Krise der peruanischen Parteien geknüpft: Es gibt endogene und exogene Faktoren, die diese allgemeine Parteienkrise erklären. Die endogenen Faktoren hängen mit der Parteienstruktur und deren interner Dynamik zusammen. Die externen Faktoren stehen im Zusammenhang mit dem Image der Parteien.

Zu den endogenen Faktoren innerhalb der jeweiligen „Parteiapparate“ sind der „Caudillismo“, das Fehlen einer intern gelebten Demokratie als auch die fehlende Transparenz der verwendeten Gelder für den Wahlkampf zu rechnen. Ferner konnten die Parteien keine Kommunikationskanäle zu verschiedenen Bereichen der Bevölkerung aufbauen: Die in den letzten 30 Jahren stattgefundenen Veränderungen in der peruanischen Gesellschaft wurden von den jeweiligen Parteivorsitzenden oftmals nicht verstanden bzw. nicht aufgegriffen, so dass die Parteien sich nicht der neuen Realität angepasst haben und sich viele Wähler infolgedessen auch nicht mit ihnen identifizieren.

Zu den exogenen Faktoren zählen die Unfähigkeit der Parteien den Bedarf der peruanischen Bevölkerung zur Lösung der Themen Sicherheit und Arbeit ernsthaft anzugehen. Der Eindruck der peruanischen Bevölkerung, dass die von ihnen gewählten Parteien sich nicht der Probleme der Bevölkerung annehmen, sondern dass sich die Politiker hauptsächlich selbst bereichern wurde auch im vergangenen Jahr durch zahlreiche Skandale von Kongressabgeordneten diverser politischer Gruppierungen bestätigt. Die Korruptionsanfälligkeit auch hochrangiger Politiker führt zu dem Glaubwürdigkeitsverlust der Politiker. Experten raten, dass es an der Zeit ist, dass sich die Parteien von ihrem selbst gewählten Autismus verabschieden

und damit beginnen, sich verstärkt den Problemen der Gesellschaft und den dringend notwendigen Reformen im Land zu widmen.

Präsidentschaftskandidaten

Zur Zeit scheinen vier Präsidentschaftskandidaten in 2011 mit realen Chancen möglich zu sein, jedoch sind die eventuellen Wahlbündnisse abzuwarten: Ollanta Humala für die Linke, ein Kandidat eines eventuellen Mitte-Rechts-Wahlbündnisses zwischen PPC, Perú Posible und Solidaridad Nacional, die dritte Kandidatin ist Keiko Fujimori und schließlich ein vierter Kandidat der APRA. Jorge Castillo hat Mitte Februar 2010 seine Bereitschaft für die Präsidentschaftswahlen zu kandidieren preisgegeben: Inwieweit die Peruaner am Wahltag noch daran denken, dass Jorge Castillo – falls er definitiv Präsidentschaftskandidat der APRA für das Jahr 2011 bleiben wird - unter dem Verdacht stand, Teil eines Korruptionsnetzwerks um Öl- und Gaskonzessionen zu sein, was im Oktober 2008 eine innenpolitische Krise auslöste, so dass der damalige Ministerpräsident Jorge del Castillo und das gesamte Kabinett nach Korruptionsvorwürfen zurückgetreten sind, bleibt abzuwarten. Castañeda ist zwar in Lima beliebt, jedoch erhält er im Landesinneren nur ein Wert von 17 % und im Osten Perus sogar nur 9 %, so dass Castañeda mit Solidaridad Nacional nur in einer Allianz mit PPC und Perú Posible Chancen hat. Im ländlichen Bereich haben Humala und Keiko Fujimori mehr Chancen.

Die Umfragen in 2009 haben bewiesen, dass in jedem Quartal ein anderer Kandidat vorne lag. Der Wahlkampf in Peru ist generell schwierig, da ein Großteil der städtischen Bevölkerung in Lima für ein inhaltlich sinnvolles Wahlprogramm zugänglich ist, jedoch in den zahlreichen Regionen Perus - fern der Millionenmetropole Lima - die Bevölkerung stärker auf eine charismatische Persönlichkeit und weniger auf Wahlhalte reagiert. Besonders in den ärmeren Regionen auf dem Land hat die Tochter des früheren Regierungspräsidenten Alberto Fujimori, Keiko Fujimori Higuchi, einen hohen Zulauf: Ihr Wahlprogramm existiert nicht, sondern wird nur unter dem Namen der Partei „Fuerza 2011“ zusammengefasst. Doch der Name „Fujimori“, der zukünftigen Präsidentschaftskandidatin, genügt immer noch, um in Peru Hunderttausende zu mobilisieren: Sie profitiert somit noch stark von der Sympathie für den früheren Regierungspräsidenten. Der autoritäre ehemalige Staatschef genießt in Teilen der Bevölkerung einen starken Rückhalt, weil in seiner Amtszeit der Terrorismus von Sendero Luminoso und MRTA (Movimiento Revolucionario Túpac Amaru) überwunden wurde und weil er in den Augen der Angehörigen der Unterschichten in den städtischen Slums und der Sierra „obras“ (Aufbauwerke) vollbracht und die Wirtschaft stabilisiert hat. Viele vergessen dabei, dass Alberto Fujimori in seiner Regierungszeit 1990 bis 2000 gegen das Parlament putschte, Gegner bespitzeln ließ und paramilitärische Todesschwadronen gegen die der Sympathie mit den Terroristen der maoistischen Guerilla verdächtigten Personen hetzte. Ferner baute er einen der gefürchtesten Geheimdienstapparate Lateinamerikas auf und war in zahlreiche Korruptionsskandale verwickelt.

Bei den letzten Präsidentschaftswahlen im Jahr 2006 haben sich 11 % der Bevölkerung erst eine Woche vor der Wahl für den Präsidentschaftskandidaten entschieden und 13 % am Wahltag und ein signifikanter Anteil vom 21,2 % hat am Wahltag das „kleinere Übel“ gewählt. Die Zahl von ca. 45 % der peruanischen Bevölkerung, die erst kurz vor den Wahlen eine strategische Entscheidung trifft, macht auch die Wahlprognosen zu einem reinen Spekulationsspiel, das treffend mit dem kürzlich erscheinenden Kommentar eines Wahlforschers charakterisiert wird, „dass er mehr Fragen als Antworten auf den/die mögliche/n Sieger/in der Präsidentschaftswahlen 2011 habe“. Solange es aber keine fundamentalen Änderungen in der peruanischen Parteienlandschaft gibt, wählt die Bevölkerung nach wie vor bestimmte Personen, die je nach politischem Kalkül, geeignet erscheinen. Bei den anstehenden Kommunal- und Regionalwahlen im Oktober 2010 kommt hinzu, dass bei der kürzlich ablaufenden Frist zur Einschreibung für die nächsten Wahlen noch nie so viele Politiker wie dieses Mal noch schnell ihre Parteizugehörigkeit abgeändert haben und zu einer anderen politi-

schen Gruppierung flüchteten, bei der sie bei den nächsten Wahlen Chancen sehen, wenigstens ihre eigene Position (z.B. als Bürgermeister) und ihr Auskommen zu sichern: So trat z.B. Anfang Februar 2010 der jetzige Bürgermeister des Stadtteils „San Miguel“ von Lima, Salvador Heresi, aus der PPC aus. Hintergrund ist sicherlich auch das lange Zögern von Lourdes Flores Nano, ob sie es noch einmal wagen sollte, sich als Präsidentschaftskandidatin für 2011 aufstellen zu lassen oder ob sie lieber für das Bürgermeisteramt von Lima kandidieren sollte. Noch vor einigen Monaten wurde Salvador Heresi selbst als Kandidat für das Bürgermeisteramt gehandelt: Da sich die Parteispitze der PPC selbst nicht im Klaren war, was sie wollte und wer für das Bürgermeisteramt in Lima aufgestellt wird, versucht Heresi nun im Bündnis mit Alex Kouri ein interessantes Amt zu ergattern und somit sein Glück als junger dynamischer Politiker fernab der Wege der PPC zu realisieren. Dieses Beispiel zeigt auch sehr gut das Problem der sogenannten „tránsfugas“ („Überläufer, Abtrünnige“): Junge Politiker suchen sich lieber selbst eine neue politische Heimat, wenn wichtige Entscheidungen bezüglich der Kandidatur für Präsidentschafts- und Kommunal- und Regionalwahlen und somit eigene Karrierepläne „auf die lange Bank“ geschoben werden. Einige Politiker kritisierten die fehlende Entscheidungsfreude von Lourdes, die jüngere Kollegen dazu treibt, die eigenen Karrierepläne unter anderer politischer Flagge vorzusetzen. Bleibt abzuwarten, ob Salvador Heresi sich mit dem Wechsel zu Alex Kouri einen Gefallen tut, da Kouri zu der Amtszeit von Alberto Fujimori Verbindungen zu dem früheren Geheimdienstchef Vladimiro Montesinos hatte. Alex Kouri wehrt dies als Jugendsünden ab.

Alex Kouri kandidiert auch wie Lourdes Flores für das Bürgermeisteramt: Lourdes Flores werden für das Bürgermeisteramt von Lima gute Chancen – auch von anderen Parteien – vorausgesagt, da sie demokratische und ethische Werte vertritt. Sie möchte mit der Devise für „mehr Anstand und gegen Korruption“ Politik machen. Dies ist sicherlich eine gut gewählte Kampagne, da Alex Kouri wegen der besagten Verbindungen zu dem Ex-Berater Montesinos nicht unbedingt eine weisse Weste besitzt. Im Oktober 2010 werden 12.549 Bedienstete der Kommunal- und Regionalbehörden gewählt darunter 25 Präsidenten auf regionaler Ebene, 228 regionale Berater („consejeros“), 295 Bürgermeister auf Provinzebene, 1.639 Bürgermeister der Distriktebene etc.p.p.

Zur Zeit wurde tagelang in den Medien spekuliert, ob Lourdes Flores Nano überhaupt als Präsidentschaftskandidatin der PPC bei den Wahlen im Jahr 2011 antritt, da sie bereits zwei Präsidentschaftswahlen verloren hatte. Nun hat Lourdes Flores Nano das Gänseblümchen-Orakel „Ich kandidiere für die Präsidentschaftswahlen“/„Ich kandidiere nicht für die Präsidentschaftswahlen“ endlich beendet. Bei der Umfrage, welche Partei sie wählen würden, wenn morgen Wahlen wären, existiert zur Zeit ein grosser Anteil - 20 % - für Fuerza 2011, der Partei von Keiko Fujimori, und an zweiter Stelle rangiert Solidaridad Nacional mit 18 %. Spekuliert wird weiter über eine Allianz des Mitte-Rechts-Spektrums (Solidaridad Nacional, PPC, Perú Posible und eventuell noch Pedro Pablo Kuczynski). Die beigefügte Karikatur macht deutlich, dass Lourdes auch bei einer noch zu beschließenden Allianz wenig Chancen geblieben wären, selbst Präsidentschaftskandidatin der Allianz zu werden.



Neuer peruanischer Justizminister

Im März 2010 leistete der neue peruanische Justizminister, Dr. Víctor García Toma, im Regierungspalast in Lima seinen Amtseid. Víctor García übernimmt damit das Amt des Apra-Politikers Aurelio Pastor, der nach dem Skandal um die ungerechtfertigte Begnadigung des Ex-Fernsehunternehmers Crousillat seinen Hut nehmen musste. Der Jurist García Toma war bereits als Professor an verschiedenen peruanischen Universitäten tätig (z.B. Universität Lima) und von 2005 bis 2006 Präsident des peruanischen Verfassungsgerichtes. Die Designierung von García Toma als neuer Justizminister wurde auch von den Oppositionsparteien im peruanischen Kongress begrüßt.

Die Affäre um die Begnadigung des peruanischen Ex-Fernsehunternehmers Crousillat hat ihr erstes hochrangiges Opfer gefordert. Mit der Resolution PCM 75-2010 wurde die Ernennung des ehemaligen Justizministers Aurelio Pastor Valdivieso zurückgenommen: Pastor Valdivieso stand dem Justizministerium seit dem 11. Juli vergangenen Jahres vor und muss nun dem vierten Justizminister dieser García-Regierung Platz machen. Der Justizminister hatte das Gnadengesuch des verurteilten Ex-Fernsehunternehmers José Enrique Crousillat nach dessen Annahme im Begnadigungsausschuss des peruanischen Kongresses an Präsident García weitergereicht. Für den Fall der – vor wenigen Tagen erfolgten – Aufhebung der Begnadigung hatte Pastor Valdivieso seinen Rücktritt angekündigt. Derweil sucht die Polizei weiter nach José Enrique Crousillat, der nach Bekanntwerden der Rücknahme der Begnadigung verschwunden war.

Vorabkonsultation der Indigenen Völker

Die Leiterin der „Defensoría del Pueblo“ drängt, dass der von ihrer staatlichen Behörde entworfene Gesetzentwurf zur Vorabkonsultation der Indigenen Völker nun verabschiedet wird. In dem Gesetzesentwurf sollen die Indigenen Völker in Peru auf lokaler und regionaler Ebene vorab konsultiert werden wie es der Artikel 6.1 der ILO-Konvention 169 (ILO = International Labour Organisation; Internationale Arbeitsorganisation) vorsieht. (Im Artikel 6.1 der ILO-Konvention 169 heißt es: „Bei der Durchführung der Bestimmungen dieses Übereinkommens haben die Regierungen die betreffenden Völker durch geeignete Verfahren und insbesondere durch ihre repräsentativen Einrichtungen zu konsultieren, wann immer gesetzgeberische oder administrative Maßnahmen, die sie unmittelbar berühren können, erwogen werden.“ Die Konvention wendet ausdrücklich den Begriff „Völker“ an und erkennt damit ausdrücklich auch Kollektivrechte indigener Völker an. Details siehe HSS-Quartalsbericht II/2009). Im Februar bittet die ILO Peru, vorerst neue Abbauvorkommen im Rahmen der Ressourcennutzung zu stoppen, die die Regionen der Indigenen Völker betreffen solange die nicht von der ILO geforderten Mechanismen zur Vorabkonsultation vom peruanischen Staat praktiziert werden.

Peru muss zu den Empfehlungen der ILO im Juni 2010 Stellung nehmen: Wichtig ist hierbei, dass die ILO keine Möglichkeiten der Sanktionen hat, sondern nur Empfehlungen aussprechen kann.

Wirtschaftswachstum Perus nimmt wieder seinen früheren Höhenflug auf

Die Mitte Februar jeden Jahres erscheinende Statistik des Institutes INEI (Instituto Nacional de Estadística e Informática) veröffentlichte, dass das Wirtschaftswachstum von 6,38 % im Dezember 2009 das Tief der Wirtschaftsflaute des Jahres 2009 beendete, so dass das Wirtschaftswachstum 2009 bei 1,12 % liegt.



(El Comercio, Wirtschaftswachstum Peru 2007 bis 2009)

Somit war Peru eine der wenigen Länder weltweit, die in 2009 ein positives Wirtschaftswachstum zu verzeichnen hatten. Was die Statistik für den Monat Dezember 2009 schmälerte, waren die Auswirkungen von „El Niño“, die alleine dem Fischfang im Dezember eine Schmälerung der Erträge von 21,74 % bescherte. Die Arbeitslosigkeit konnte in dem Zeitraum November 2009 bis Januar 2010 auf 8,6 % gesenkt werden (im Vergleichszeitraum November 2008 bis Januar 2009 lag sie bei 8,8 %).

Die Deutsche Bank als auch das peruanische Wirtschaftsministerium MEF (Ministerio de Economía y Finanzas) sagen für 2010 ein Wirtschaftswachstum von 5 % vorher. Nachdenklich stimmen jedoch die Zahlen, dass das Wirtschaftswachstum aufgrund der Arbeit von 2.115.400 Kindern erzielt wird. Laut dem Institut INEI arbeiten 28 von 100 Kindern und Jugendlichen zwischen 6 und 17 Jahren. Der Anteil von 28 % Kinderarbeit ist laut des Leiters des INEI, Renán Quispe Llanos, eine Konstante in der Statistik des Wirtschaftswachstums in den letzten Jahren. In einigen Regionen hat die Kinderarbeit zugenommen wie z.B. in den Regionen Amazonas, Ucayali, Madre de Dios, Junín und Huánuco, währenddessen andere Regionen wie Cajamarca und Lima eine Abnahme an Kinderarbeit zu verzeichnen haben. Lima-Stadt zeichnet sich in seinen bevölkerungsreichsten Stadtteilen durch einen höheren Anteil an Kinderarbeit aus: z.B. allein 13.678 arbeitende Kinder im Stadtteil San Juan de Lurigancho.

Experten warnen davor, das aktuelle Wirtschaftswachstum Perus als ein wirkliches „Erfolgsmodell der Entwicklung“ zu verkaufen, da Peru keine wesentliche Verbesserungen in den drei Bereichen Bildung, Gesundheit und Ernährung vorweisen kann, die für eine wirkliche

„Entwicklung“ des Landes bedeutsam wären: Es ist unmöglich, eine neue Strategie der Wettbewerbsfähigkeit mit alten Strukturen zu erreichen. Wenn Peru nicht ernsthaft in die Bereiche Bildung, Gesundheit und Ernährung investiert, wird es langfristig scheitern. Im Bildungsbereich befindet sich Peru auf dem gleichen Entwicklungsstand wie Burundi (Afrika): Dies weist u.a. auf die Schwierigkeit hin, Peru als Investitionsstandort noch attraktiver zu machen, wenn es an gut ausgebildetem Personal fehlt. Ferner arbeitet die Mehrheit der peruanischen Wissenschaftler im Ausland, da in den Schwellenländern Lateinamerikas - wie z.B. Chile und Brasilien - bessere Gehälter und Unterstützungen locken.

Unwetter in Peru

Sintflutartige Regenfälle kosteten in Peru mindestens 26 Personen das Leben. Die seit 15 Jahren stärksten Niederschläge werden auf den Klimawandel und das El-Niño-Phänomen zurückgeführt. Bei dem El-Niño-Phänomen handelt es sich um periodisch – in Intervallen von zwei bis acht Jahren – auftretende Klimazyklen im pazifischen Raum, wobei die Erwärmung des Wassers im tropischen Pazifik die entscheidende Rolle spielt. El Niño verursacht Dürren im Osten Australiens und heftige Gewitter und Überschwemmungen in normalerweise trockenen Gebieten Südamerikas. Nach Unwetter und Erdbeben in Peru funktionierte auch die einzige Zugverbindung zur berühmten Ruinenstadt Machu Pichu nicht mehr, so dass ausländische Touristen auf ihre Evakuierung per Helikopter warten mussten. Ab 1. April 2010 soll die Zugstrecke wieder in Betrieb genommen werden. Gemäss einer Studie ist Peru das am stärksten von Naturphänomen (Erdbeben, Überschwemmungen etc.p.p.) betroffene Land der Andenregion.

Lima, den 31. März 2010

Gez. Bettina von Dungen